

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Mag. Beate Meinl-Reisinger, MES, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Entlastungsmaßnahmen statt Showpolitik: Damit sich Arbeiten und Sparen wieder lohnen!

eingebracht im Zuge der Debatte in der 228. Sitzung des Nationalrats über den Dringlichen Antrag der Abgeordneten Jan Krainer, Genossinnen und Genossen betreffend Rekordteuerung für unsere Leute, Rekordgewinne für Konzerne und Sommerurlaub für die Regierung. Schluss damit!

Showpolitik statt gezielter Entlastung: die Verantwortung der anderen

Über die letzten Monate belasten die hohen Energiepreise die österreichische Wirtschaft immer stärker. Dies hat die Inflation in Österreich in schwindelerregende Höhen getrieben und bereitet der heimischen Bevölkerung immer größere Sorgen. Der bisherige Kampf der Bundesregierung war angesichts einer der höchsten Inflationsraten westeuropäischer Staaten nicht erfolgreich.

Österreich mit Inflationsaufschlag zum Euro-Raum

Abstand der österreichischen zur Inflationsrate des Euroraums, in Prozentpunkten



Inflationsrate gemessen am HVPI, zum Vorjahresmonat in Prozent.

Quelle: IHS, Eurostat. • Daten herunterladen



Die Altparteien betreiben in einer weiteren Sondersitzung Schattenboxen um die hohe Inflation, dabei haben sie alle einen gehörigen Beitrag geleistet, dass Österreich jetzt so eine hohe Teuerung hat. Die türkis-grüne Regierung hat die vollen

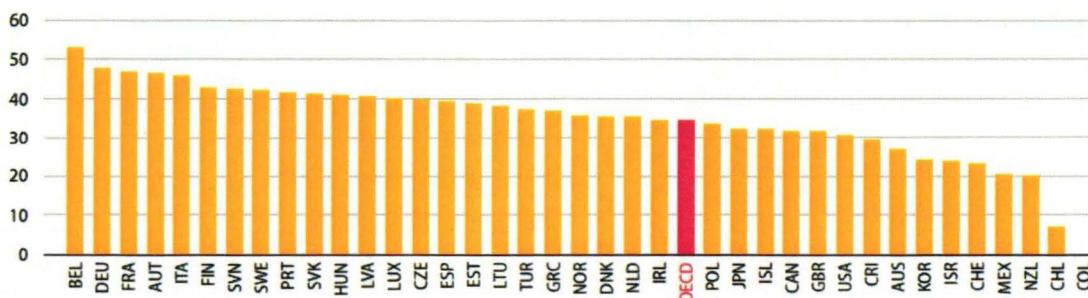
Taschen des Finanzministers dafür genutzt, mit ziellosen Förderungen die Inflation sogar anzuheizen. Den größten Übergewinn macht aber der Kreml mit Gazprom. Der 2018 unter Türkis-Blau beschlossene langfristige Knebelvertrag der OMV mit der Gazprom schränkt den Handlungsspielraum Österreichs wesentlich ein.

Das politische System in Österreich, also Bund wie Länder, gehört zum großen Profiteur der Inflation. Die (teil-)staatlichen Energieversorger waren und sind wichtige wirtschaftliche Machtzentren für Bundes- und Landespolitiker:innen. Dass nirgends in Europa Gas und Fernwärme derart teurer wurden, liegt an den schwarz-roten Landeshauptleuten, die auf keinen Cent Übergewinn verzichten wollen. Sie röhren selbst keinen Finger, Energiepreise billiger zu machen, zeigen aber mit dem Finger auf den Bund. Während im Parlament immer wieder nach weiteren Maßnahmen gerufen wird, die mit viel Steuergeld die Inflation wegzaubern sollen, werden die Mehreinnahmen öffentlichkeitswirksam mit immer neuen "Boni", "Hilfen" oder "Rabatten" an die Menschen verteilt. Die hohen Preise bei den Kund:innen sorgen also zunächst für hohe Gewinne und Dividenden, die dann in Gutsherrenmanier nur teilweise an die Bevölkerung zurückgegeben werden. Niemandem ist geholfen, wenn die unterschiedlichen Ebenen zur Show mit dem Finger aufeinander zeigen. Vielmehr braucht es konkrete Schritte zur Entlastung, die das Geld gleich direkt bei den Menschen lässt und ihnen dadurch hilft, sich etwas aufzubauen bzw. zu sparen, ohne auf neue Geschenke vom eigenen Steuergeld hoffen zu müssen.

Entlastung des Faktors Arbeit: Senkung der Lohnnebenkosten

Jedes Jahr stellt die OECD fest, dass Einkommen in Österreich enorm hoch Besteuerung sind. 2022 lag Österreich in der Rangliste nur hinter Belgien, Deutschland und Frankreich mit einer Abgabenquote von 46,8% an vierter Stelle (1). Von 100 Euro, die Unternehmen für ihre Mitarbeiter ausgeben, flossen also fast 47 Euro über Sozialversicherungsbeiträge und Steuern an den Staat, und nur 53 Euro landeten in den Geldbörsen der Bürger:innen. Die Abschaffung der kalten Progression war zwar ein wichtiger Schritt, führt aber nur dazu, dass die Abgabenbelastung nicht weiter steigt. Daher ist eine weitere Entlastung des Faktors Arbeit durch eine Senkung der Lohnnebenkosten dringend notwendig. Unser Vorschlag würde die Lohnnebenkosten um 6,55 Prozentpunkte senken und hätte ein Gesamtvolume von rund 9 Milliarden Euro. Die aktuellen inflationsbedingten Mehreinnahmen des Finanzministers sollten ohnehin den Erwerbstätigen zugutekommen, um ihnen mit mehr Einkommen ein besseres Auskommen zu ermöglichen. Außerdem würde eine Senkung der Lohnnebenkosten den so dringend notwendigen Spielraum für die Lohnverhandlungen im Herbst schaffen und die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreich nachhaltig erhöhen.

Abgabenquote laut OECD Bericht *Taxing Wages 2023*



Doppelte Belastung streichen - KESt Befreiung umsetzen

Schluss mit dem tiefen Griff ins Sparbuch

Das Sparbuch ist - einem Jahrzehnt Mindestzinsen zum Trotz - noch immer Österreichs Anlageform Nr. 1:

- 69% Prozent der Österreicher:innen nutzen fürs Sparen Sparbuch und Sparkonto
- 50% sorgen per Bausparvertrag vor
- 35 % über eine Lebensversicherung (2).

Rund 18 Millionen Sparkonten und Sparbücher gibt es in Österreich. Mit einer durchschnittlichen Einlage von 10.000 Euro ist das Sparbuch die eiserne Reserve unserer Bürger:innen, nicht die der Schwerreichen. Während zuletzt die Kreditzinsen deutlich anzogen, erholen sich die Zinsen auf Sparbücher nur langsam. Zusätzlich wandern von den ohnehin schon mickrigen Zinserträgen derzeit 25% in Form der Kapitalertragssteuer in die Taschen des Finanzministers.

Behaltefrist auf Aktien einführen: Vorsorge ermöglichen

Immer mehr Österreicher:innen aller Einkommensniveaus veranlagen in den letzten Jahren in Wertpapiere, um ihre hart erarbeiteten Ersparnisse vor der Inflation zu schützen. Dabei nehmen sie zugunsten höherer Renditen bewusst auch höheres Risiko in Kauf. Nachdem der Staat bereits über die Lohn- und Einkommenssteuer gut an der Leistung der Steuerzahler:innen verdient hat, schneidet er in Folge auch bei Ersparnissen und Risikobereitschaft mit und erschwert ihnen somit den Werterhalt ihres Ersparnen.

Die demographische Entwicklung und der daraus resultierende Druck auf das staatliche Pensionssystem werden einen massiven Ausbau der individuellen, privaten Vorsorge notwendig machen. Eine Kapitalertragssteuerbefreiung für längerfristige Veranlagungen würde einen deutlichen steuerlichen Anreiz zugunsten einer längerfristigen Veranlagung in Wertpapiere setzen und den Bürger:innen dabei helfen, ihre Ersparnisse gegen die Auswirkungen der wertvernichtende Kombination aus Inflation und niedrigen Sparbuchzinsen abzusichern.

Die „*Erarbeitung einer Behaltefrist für die Kapitalertragssteuerbefreiung für Kursgewinne bei Wertpapieren und Fondsprodukten*“, also die Wiedereinführung der früheren Spekulationsfrist, ist im Regierungsprogramm 2020-24 vorgesehen und wurde Anfang 2022 vom Finanzminister angekündigt. Eine rasche Umsetzung dieses Versprechens ist jetzt dringend notwendig.

NEOS fordern eine nachhaltige Entlastung statt weiterer Showpolitik - Arbeiten und Sparen muss sich in Österreich endlich auszahlen!

1. <https://www.oecd.org/tax/tax-policy/taxing-wages-brochure.pdf>
2. https://cdn0.erstegroup.com/content/dam/at/eh/www_erstegroup_com/de/Presse/Pressemeldungen/2022/10-okt/221021_Praesentation_Weltspartag.pdf?forceDownload=

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSA NTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Regierung, insbesondere der Bundesminister für Finanzen, wird aufgefordert, die Lohnnebenkosten zu senken, um Spielraum für die Lohnverhandlungen im Herbst zu schaffen, sowie Sparbuchzinsen und langfristige Gewinnen aus Aktien (also mit Behaltefrist) von der Kapitalertragsteuer zu befreien.“

The image shows five handwritten signatures in blue ink, likely from members of the National Council, arranged in two rows. The top row contains three signatures: 'B. FIEDLER' (with a checkmark), 'W. SCHNEIDER (Schneider)', and 'H. BEYER (Beyer)'. The bottom row contains two signatures: 'K. KÜHN (Kühn)' and 'R. GÖTTSCHE (Göttsc...)'.